

Fusionen und Med-Fakultäten werden möglich

Die Novelle hat den Ministerrat passiert. Für eine Med-Fakultät nennt Töchterle Bedingungen.

[WIEN/APA/BEBA] Eine nicht unumstrittene Gesetzesnovelle hat gestern, Dienstag, den Ministerrat passiert. Jene nämlich, die künftig die Fusion von Unis ermöglicht – Anlassfall dafür ist Innsbruck, wo seit Längerem über einen Zusammenschluss von Universität und Medizin-Uni diskutiert wird. Und es ist jene Novelle, die die Schaffung von neuen Medizinfakultäten möglich macht. Kritiker sprechen von einer „Lex Linz“; immerhin steht dort das „Ja“ der Politik zu einer Med-Fakultät bevor.

Die Fusion von **Universitäten** muss demnach per Bundesgesetz erfolgen. Die Initiative dazu kann sowohl vom Wissenschaftsminister als auch von den beteiligten Unis selbst kommen, wobei Karlheinz Töchterle (ÖVP) auch Montagabend vor Journalisten nochmals betonte, dies nicht nutzen zu wollen. Jederzeit ist eine Fusion nicht möglich: Sie kann nur mit Start einer neuen Leistungsvereinbarungsperiode wirksam werden – die nächste Möglichkeit wäre der 1. Jänner 2016.

Für die Errichtung einer Med-Fakultät muss der Wissenschaftsminister dem Organisationsplan und der Form der Zusammenarbeit zwischen Krankenanstalten-träger und Uni zustimmen. An jenen Unis, die künftig eine solche Fakultät beherbergen, werden die Rektoren intern geschwächt: Laut Gesetz muss es einen eigenen Vize-Rektor für Medizin geben, dieser soll zugleich der Fakultät vorstehen. Er wäre ein mächtiger – weil finanzstarker – Gegenspieler zum eigentlichen Rektor.

„Sonst ist die Aktion sinnlos“

Für eine Linzer Medizin-Fakultät nannte Töchterle abermals Bedingungen: Neben frischem Geld – wie von Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) zuletzt bereits versprochen – die Klärung des klinischen Mehrbedarfs, ein „Ja“ der Hochschulkonferenz und zudem eine Attraktivierung des Ärzteberufs, vor allem durch eine Reform des Turnus. Hier sei Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) gefordert, so Töchterle: „Sonst ist die Aktion in Linz sinnlos.“ In drei Wochen findet das nächste Treffen zur Med-Fakultät statt – womöglich das entscheidende.

In Kürze

Neue Lehrerausbildung wird im Parlament beschlossen

Die neue Lehrerausbildung wird heute, Mittwoch, im Nationalrat fixiert. Wer künftig Lehrer werden will, muss – unabhängig vom Schultyp – einen Aufnahmetest bestehen, ein vierjähriges Bachelor- und im Anschluss ein Masterstudium absolvieren.

Startschuss für Kärntner Hochschulkonferenz

Auch in Kärnten gibt es nun eine Hochschulkonferenz. Die Universität Klagenfurt, die FH Kärnten und die Pädagogische Hochschule Kärnten intensivieren damit ihre Zusammenarbeit. Außerdem wollen sie durch die Konferenz den Hochschulstandort Kärnten sichtbarer machen.

FH Campus Wien kauft Hauptstandort in Favoriten

Wiens größte Fachhochschule hat das bislang geleaste Hauptgebäude im zehnten Wiener Gemeindebezirk um 50 Mio. Euro gekauft.

Unis: Rektorenchef kritisiert sinkende Budgets nach 2013

Finanzrahmen. Der Budgetplan der Regierung bis 2017 werfe einige Fragen auf, so **Rektorenchef** Schmidinger. Er befürchtet Einsparungen.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

[WIEN] Immerhin eine positive Nachricht hat **Rektorenchef** Heinrich Schmidinger in den vergangenen Tagen erreicht – das Versprechen von Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) nämlich, dass es mehr Geld für die Unis geben soll, falls die umstrittene Medizinfakultät in Linz tatsächlich Realität werden sollte. „Wir haben mit einer gewissen Erleichterung festgestellt, dass klar geworden ist, dass es für ein solches Projekt frisches Geld geben muss“, meint Schmidinger. Allein: Woher dieses Geld kommen soll, ist für den Rektorenchef alles andere als klar.

Nicht nur das: Anlass zur Sorge bietet für ihn auch der Finanzrahmen des Bundes für die Jahre 2014 bis 2017, der kürzlich den Nationalrat passierte. Jenes Gesetz also, das grundsätzlich festlegt, wie viel Geld für die einzelnen Ressorts jeweils maximal zur Verfügung steht. Für den Bereich Wissenschaft und Forschung sieht der Finanzrahmen für die kommenden Jahre nicht mehr Geld vor, sondern sogar weniger, so Schmidinger.

Während die Unis im laufenden Jahr rund 4,02 Milliarden Euro erhalten, sind für die darauffolgenden Jahre – trotz der Mittel aus der sogenannten Hochschulmilliarde, jährlich rund 330 Millionen Euro, die Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) auch schon für das Jahr 2016 zugesagt hat – weniger als vier Milliarden, jedenfalls knapp weniger, veranschlagt.

Konsolidierung als Sparkurs

Doch auch wenn es nicht drastisch weniger Geld sei – für das Jahr 2017 sind rund 3,99 Milliarden Euro vorgesehen, also 36 Millionen Euro weniger als für 2013 –, so werfe es doch Fragen auf, sagt Schmidinger. Zumal die Finanzministerin erst kürzlich, ausgerechnet in Linz, von einer „Konsolidierung“ des Universitätsbudgets gesprochen habe.

„Was da konsolidiert wird, verstehe ich nicht“, kritisiert Schmidinger. „Anscheinend heißt Kon-

solidierung Einsparung.“ Das sei nicht nur im Hinblick auf eine mögliche Medizin-Fakultät in Linz problematisch, betont der Rektorenchef. Sondern auch, was die langfristige Finanzierung der Unis betreffe: Mit dem im Regierungsprogramm verankerten Ziel, künftig zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für tertiäre Bildung auszugeben, verträge sich dieser Kurs nämlich ganz und gar nicht.

„Das Zwei-Prozent-Ziel muss im Blick bleiben – und das impliziert einfach jährlich zusätzliche Investitionen“, mahnt Schmidinger. Immerhin hätten sich alle politischen Fraktionen zu diesem Ziel bekannt, so der Rektorenchef – insofern sei er enttäuscht, dass ein Finanzrahmengesetz, das dem zuwiderlaufe, sogar unkommentiert im Parlament verabschiedet worden sei.

Studienplatzfinanzierung

Auch im Hinblick auf die Studienplatzfinanzierung, die ja an und für sich in den kommenden Jahren nach und nach umgesetzt werden sollte, seien sinkende Uni-Budgets nicht denkbar, sagt Schmidinger.

Denn auch wenn man nicht das Idealmodell umsetze, bei dem die Zahl der Studienplätze schlicht mit bestimmten fixierten Kosten pro Studienplatz multipliziert wird, könne ein solches Modell nur funktionieren, wenn es dafür mehr Geld gebe, sagt Schmidinger: „Wie auch immer man die Studienplatzfinanzierung rechnet – sie wird mehr kosten.“

Auf einen Blick

Ende Mai wurde das Bundesfinanzrahmengesetz 2014 bis 2017 im Nationalrat beschlossen. Es sieht für Wissenschaft und Forschung im Jahr 2014 3,97 Milliarden Euro vor, 3,97 Mrd. für 2015, 3,97 für 2016 und 3,99 für 2017. **Rektorenchef** Heinrich Schmidinger sorgt sich um das Zwei-Prozent-Ziel und die Umsetzung der Studienplatzfinanzierung.



Der Rektorenchef sorgt sich um die Umsetzung der Studienplatzfinanzierung. [Fabry]

Architektur: Unis rechnen nicht mit Aufnahmetests

Zugang. Die Anmeldefrist läuft noch bis Freitag. Bisher sind nicht einmal zwei Drittel der Plätze belegt.

[WIEN/APA/RED.] Wer im Herbst an der Uni Innsbruck oder der TU Graz ein Architekturstudium beginnen will, muss sich bis spätestens Freitagmitternacht online anmelden. Dann endet die Registrierungsfrist für das Aufnahmeverfahren, das im Zug des Testlaufs für die Studienplatzfinanzierung heuer erstmals durchgeführt wird. Oder besser gesagt: werden könnte – denn derzeit sieht es nicht danach aus, als würden die Unis selektieren müssen.

So waren am Dienstag an der Uni Innsbruck von 290 verfügbaren Plätzen erst 154 belegt. An der TU Graz waren 207 Personen für die angebotenen 330 Plätze registriert. Zwar könnte es sein, dass die Anmeldungen in den letzten Tagen der Frist noch ansteigen. Man rechne aber nicht damit, dass Aufnahmeverfahren nötig werden, hieß es vonseiten der beiden Unis. In der Architektur wiederholt sich damit das, was sich schon im Bereich Wirtschaft gezeigt hat, in dem

die Anmeldefrist bereits vor zehn Tagen ausgelaufen ist: Lediglich an den Unis Wien und Klagenfurt gab es in einzelnen Wirtschaftsfächern mehr Bewerber als Plätze, an den übrigen vier Universitäten nicht.

Freier Zugang an TU Wien

An der TU Wien ist das Architekturstudium weiterhin frei zugänglich. Rektorin Sabine Seidler hat auf die Möglichkeit von Beschränkungen von vornherein verzichtet. Grund: Die Zahl der Anfängerplätze, die das Ministerium vorgeschrieben hätte, sei viel zu hoch gewesen und hätte den Ressourcen der Uni nicht entsprochen.

In Pharmazie und Biologie – zwei weiteren neu beschränkten Bereichen – läuft die Anmeldefrist noch bis jeweils 2. August. In der Informatik wird zwar ebenfalls ein Testlauf zur Studienplatzfinanzierung durchgeführt, allerdings haben hier alle betroffenen Unis auf die Möglichkeit verzichtet, Aufnahmeverfahren durchzuführen.

Töchterle: „Vorrang für österreichische Studenten“

Universität. Tschechien und Österreich stehen im Uni-Bereich vor ähnlichen Herausforderungen. Eine parallele Problematik: die vielen ausländischen Studierenden, die an die Hochschulen strömen.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

[PRAG] Beide sind Ex-Rektoren, beide Philologen, beide parteilos: Es kommt selten vor, dass sich zwei Minister in ihrem doch eher untypischen Lebenslauf so ähneln wie Karlheinz Töchterle und sein tschechischer Amtskollege Petr Fiala. Und auch die Herausforderungen, vor denen die beiden Ressortchefs stehen, sind nicht unähnlich, wie bei Töchterles Besuch in Prag vergangene Woche deutlich wurde.

Nun mag man einwenden, dass manche Probleme überall gleich sind: Wie mit steigenden Studienrendenzahlen umgehen? Wie die Qualität der Unis gleichzeitig steigern? Woher das Geld dafür nehmen? Und dennoch: Die Parallelen zwischen Österreich und Tschechien gehen tiefer. Da wären einmal die Uni-Gebühren. Wie Töchterle wünscht sich auch Fiala flächendeckende Beiträge, wie ihm

wird es aber auch in Tschechien nicht gelingen, sie einzuführen. Zumindest nicht in dieser Regierungsperiode. „Aber sie sind ein unvermeidliches Thema“, sagt Fiala.

Nicht zuletzt, weil viele Studenten aus dem Ausland gratis an den tschechischen Unis studieren, eine weitere Parallele: Sind es in Österreich die deutschen Studenten, geht es in Tschechien um die slowakischen. Tschechien gehört deshalb – neben Österreich, Luxemburg, Belgien, Dänemark und drei weiteren – zu jenen Ländern, auf deren Anstoß hin die Problematik im Vorjahr erstmals auf EU-Ebene thematisiert wurde.

Wenngleich sie in Tschechien weniger krass ist. Nicht nur, weil die Slowakei schlicht deutlich kleiner ist. Sondern auch, weil es an den tschechischen Unis flächendeckend Schranken gibt. „Zugangsregeln würden die Sache auch in Österreich erleichtern – und Stu-

dienbeiträge nochmals“, sagt dazu Töchterle. Er hofft auf eine EU-weite Lösung, was aber nur mittel- bis langfristig gelingen kann.

„Man könnte es aber auch bilateral lösen“, sagt er. Nicht unbedingt mittels Geld – Ausgleichszahlungen hält er für unrealistisch und zudem für keine echte Lösung. „Was bleibt, ist, dass man Österreichern dort, wo es besonders krass ist, einen Vorrang einräumt.“ Die Kunst dabei: Eine solche Regelung dürfe nicht diskriminierend sein. Man arbeite derzeit an einer Lösung, die dem gerecht würde, so der Minister. Details will er noch nicht preisgeben.

Attraktives Nachbarland

Was beide Ressortchefs aber betonen: Sie würden ausländische Studierende längst nicht ausschließlich als Belastung wahrnehmen. Überhaupt fördere man Internationalität – das zeigt auch der eigent-

liche Anlass für Töchterles Besuch: die „Aktion Österreich-Tschechische Republik“, ein Programm, das seit inzwischen zwei Jahrzehnten besteht. Rund 700 Studenten und rund 200 Lehrende werden dadurch pro Jahr unter anderem unterstützt. Tschechien ist nicht zuletzt deshalb nach Deutschland das attraktivste Nachbarland als Ziel- bzw. Herkunftsland.

Auch in der Forschung soll intensiver kooperiert werden: Beim tschechisch-österreichischen „Science Day“ in Prag wurden Forscher beider Länder zusammengebracht, darunter Quantenphysiker Anton Zeilinger und Physiker Niyazi Serdar Sariciftci. Demnächst sollen grenzüberschreitende Projekte im Bereich erneuerbarer Energie entstehen, nicht zuletzt auch als eine Art positiver Druck auf Tschechien – Stichwort Temelin.

Die Reise nach Prag erfolgte auf Einladung des BMWF.